

POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

Projektland: Serbien

Datum: 20. April 2016

Vorgezogene Parlamentswahlen am 24. April 2016

Die serbische Regierungskoalition unter Führung der Fortschrittspartei (SNS) verfügt zusammen mit der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS) und der Liga der Vojvodina-Ungarn über 208 der 250 Sitze im Parlament. Trotz dieser Mehrheit in der höchsten Volksvertretung und der momentanen Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit zu seiner Politik schlug Ministerpräsident Aleksandar Vučić im Januar 2016 die Demission der Regierung und die Selbstauflösung der Abgeordnetenkammer vor, um ein neues parlamentarisches Mandat zu erlangen und die begonnenen Reformen weiterführen zu können.

Staatspräsident Tomislav Nikolić (SNS) hat die vorzeitige Amtsniederlegung der Regierung akzeptiert und die vorgezogenen Neuwahlen auf den 24. April 2016 festgesetzt. Zum gleichen Termin finden turnusmäßige Kommunalwahlen statt.

In einem Wahlaufuf unterstrich Ministerpräsident Vučić die Erfolge seiner Regierung in der derzeitigen Legislaturperiode. Nach Vučićs Aussage habe Serbien vor seinem Amtsantritt vor dem staatlichen Kollaps und dem finanziellen Bankrott gestanden. Das Land habe unter hoher Arbeitslosigkeit gelitten und sei von Oligarchen beherrscht worden. Heute sei Serbien nach seiner Einschätzung ein geachteter Partner auf der internationalen Bühne. Das Land erhalte vom Internationalen Währungsfonds viel Lob für seine Reformen. Mit der Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sei die erste Phase zur Errichtung eines modernen und erfolgreichen Serbiens abgeschlossen. Nun könne eine neue Stufe zur vollen Umsetzung der Reformen und zur Öffnung des Tores in die europäische Völkerfamilie anbrechen.

Aleksandar Vučić gilt als sicherer Wahlsieger. Nach Auffassung von politischen Beobachtern befinden sich Vučić und seine Partei SNS zurzeit auf dem Höhepunkt ihrer Popularität.

Durch die Neuverteilung der Sitze in der höchsten Volksvertretung soll sichergestellt werden, dass die SNS im Zuge der Reformen trotz des damit verbundenen möglichen Akzeptanzverlustes bis 2020 an der Macht bleiben kann. In erster Linie soll das Mandat der Regierung weiterhin legitimiert und gesichert bleiben, um die im Dezember 2015 aufgenommenen Beitritts-Verhandlungen zur EU fortzuführen. Darüber hinaus erhofft sich die SNS durch die Zusammenlegung der Kommunalwahlen mit den Wahlen zum

Parlament einen zusätzlichen Stimmengewinn in der autonomen Provinz Vojvodina.

Trotz des vermeintlich sicheren Wahlausgangs zugunsten der SNS könnte es zu neuen Parteikonstellationen im Parlament kommen:

Vor zwei Jahren hatte Ministerpräsident Vučić den Wirtschaftsminister Saša Radulović entlassen. Dieser hat nun die zersplitterte proeuropäische Opposition aufgerufen, ein Wahlbündnis für die Bildung einer Expertenregierung einzugehen.

Auch einige rechtsnationale, prorussische Parteien wollen gemeinsam bei den Wahlen antreten. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob diese Allianzen die Fünf-Prozent-Hürde überwinden können.

Bei den Parlamentswahlen am 24. April 2016 werden folgende Parteien bzw. Wahlbündnisse antreten:

1. Wahlbündnis „Aleksandar Vučić-Serbien gewinnt“ um die Serbische Fortschrittspartei (SNS), Parteivorsitzender Aleksandar Vučić;
Weitere Parteien des Bündnisses: Sozialdemokratische Partei Serbiens (SDPS), Parteivorsitzender Rasim Ljajić;
Partei der vereinigten Pensionäre Serbiens (PUPS), Parteivorsitzender Milan Krkobabić;
Neues Serbien (NS), Parteivorsitzender Velimir Ilić;
Serbische Volkspartei (SNP¹), Parteivorsitzender Nenad Popović;
Bewegung der Sozialisten, Parteivorsitzender Aleksandar Vulin;
Serbische Erneuerungsbewegung (SPO), Parteivorsitzender Vuk Drašković.
2. Wahlbündnis „Für ein gerechtes Serbien“ um die Demokratische Partei (DS) mit dem Parteivorsitzenden Bojan Pajtić;
Weitere Parteien: Neue Partei (NS) mit Zoran Živković;
Gemeinsam für Serbien (ZZS) von Dušan Petrović;
Gemeinsam für Šumadija (ZZS) von Veroljub Stevanović;
Bewegung für Krajina von Boško Ničić;
Demokratisches Bündnis der Kroaten in der Vojvodina von Tomislav Žigmanov.
3. Wahlbündnis der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS) mit dem Vorsitzenden Ivica Dačić und der Partei Einiges Serbien (JS) mit dem Vorsitzenden Dragan Marković Palma.
4. Serbische Radikale Partei (SRS) mit Dr. Vojislav Šešelj.
5. Wahlbündnis von Dveri² Boško Obradović und der Demokratischen Partei Serbiens³ (DSS), Vorsitzende Sanda Rašković Ivić“.
6. Allianz der Ungarn der Vojvodina mit dem Vorsitzenden Ištvan Pastor.

¹ Gegründet 2014, extrem prorussisch orientiert

² Rechtsextremistisch, stark nationalistisch und prorussisch

³ Ehemaliger Vorsitzender Vojislav Koštunica

7. Wahlbündnis: „Boris Tadić - Čedomir Jovanović – Bündnis für ein besseres Serbien“ mit der Liberaldemokratischen Partei (Čedomir Jovanović), der Liga der Vojvodina-Sozialdemokraten (Nenad Čanak) und der Sozialdemokratischen Partei (Boris Tadić).
8. Muamer Zukorlić – Bosniakische Demokratische Gemeinschaft im Sandžak.
9. Partei der demokratischen Aktion des Sandžak (SDA) Sandžak, Parteivorsitzender Sulejman Ugljanin.
10. Für ein freies Serbien – Zavetnici⁴ („die alten Kämpfer“) Parteivorsitzende Milica Đurđević.
11. Bürgerverein für Wiederbelebung Serbiens⁵ mit Prof. Dr. Slobodan Komazec.
12. Russische Partei, Vorsitzender Slobodan Nikolić.
13. Republikanische Partei – Nikola Sandulović.
14. Serbisch-russische Bewegung – Slobodan Dimitrijević.
15. Die Roma-Wahlliste Serbiens.
16. Serbien für uns alle – Borko Stefanović⁶.
17. Dialog – Jugendliche mit eigener Meinung – Stanko Debeljaković.
18. Es ist genug – Saša Radulović⁷.

Die Umfragen der Meinungsforschungsinstitute haben ergeben, dass bei einer voraussichtlichen Wahlbeteiligung von nur 53 Prozent lediglich das Wahlbündnis der Fortschrittspartei (SNS) und der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS) sicher mit einem Einzug in das Parlament rechnen können. Dabei hat die SNS sogar Chancen, die absolute Mehrheit zu erzielen.

Mehr als 13 Jahre nach Anklageerhebung haben die Richter des UN-Kriegsverbrechertribunals für das frühere Jugoslawien den serbischen Nationalistenführer Vojislav Šešelj in allen Anklagepunkten freigesprochen.

⁴ Gegründet Ende 2012, rechtsextremistisch, prorussisch

⁵ Euroskeptisch, mäßig nationalistisch

⁶ Vorsitzender der Linken Partei Serbiens, gegründet wurde die Partei nach seiner Trennung von der Demokratischen Partei, Ende 2015

⁷ Ehemaliger parteiloser Wirtschaftsminister in der Regierung SNS-SPS 2013-2014, 2014 erster Wahlauftritt mit eigener Partei; Parteiprogramm grundsätzlich liberal

Durch den Freispruch Šešeljs, der als politischer „Ziehvater“ des heutigen Ministerpräsidenten Aleksandar Vučić und des Staatspräsidenten Tomislav Nikolić gilt, sind die beiden wichtigsten Vertreter der aktuellen Regierung de lege rehabilitiert.

Für Šešelj und seine Radikale Partei (SRS) dürfte sich der Freispruch positiv auf die Parlamentswahlen auswirken. Die bislang nicht mehr im Parlament vertretene SRS wird nach allen Meinungsumfragen aus dem Stand zur drittstärksten politischen Kraft aufsteigen.

Autor: Dr. Klaus Fiesinger, Regionalleiter Südosteuropa mit Sitz in Zagreb, Kroatien.

Beitrag erstellt unter Mitarbeit von Lutz Kober, Büroleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Belgrad, Serbien.

IMPRESSUM

Erstellt: 20. April 2016

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2016

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de